

3

85

Union in Deutschland

Bonn, den 24. Januar 1985

12000 beim Berliner Wahlkampfauftakt

Politische Stabilität gibt es nur mit einer starken CDU

Auf den Plakaten stand, um 14.00 Uhr sei Einlaß, doch bereits um 13.00 Uhr mußte am Sonntagnachmittag des 20. Januar die riesige Deutschlandhalle in Berlin geöffnet werden. Der Strom der Besucher riß nicht ab. Und kurz vor 15.00 Uhr verkündete Moderator Carlheinz Hollmann den 12000 Gästen, die zum „Fest mit Freunden“ gekommen waren, daß die Halle wegen Überfüllung geschlossen worden sei.

In der Tat: Es war ein großes, ein buntes, ein optimistisches Fest, mit dem die Berliner CDU die offizielle Eröffnung ihres Wahlkampfes feierte. Das Programm des Nachmittags hatte es in sich: In einer gelungenen Mischung aus Politik und Unterhaltung stellten sich die Senatoren der erfolgreichen CDU-Regierungsmannschaft vor und sagten so ganz nebenbei locker die nächsten Darbietungen an.

Im Programm: Das Ballett der Bonner Oper, eine Rock'n'Roll-Gruppe aus Berlin, die Schöneberger Sängerknaben, Majoretten und Dudelsackpfeifer, Artisten und die Sängerin Wilma Reading. Die musikalische Umrahmung lieferte in bewährter Weise die Berlin Big Band unter Leitung von Milo Pavlovic.

Bevor der zweite Teil der Veranstaltung mit den Reden von Eberhard Diepgen, Alfred Dregger und Hel-

In dieser Ausgabe lesen Sie:

■ HEINER GEISSLER
Arbeit für die Partei hat jetzt Vorrang Seite 3

■ BUNDESTAG
Norbert Blüm: Wir haben das Rentenniveau auf Höchststand gebracht Seite 5

■ HAUSHALT
Aufschwung sichern und Arbeitslosigkeit abbauen / Eine Bilanz von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg Seite 11

■ BUNDESFACHAUSSCHUSS
Berlin setzt neue Maßstäbe in der Sozialpolitik Seite 13

■ WOHNUNGSGELD
Erhöhung entlastet vor allem die kleinen und mittleren Rentenbezieher Seite 15

■ DOKUMENTATION
33. Bundesparteitag: Schwerpunktthema Frauenpolitik grüner Teil

■ ÖA
Gesamtangebot rosa Teil

mut Kohl begann, zeigte die Bundesgeschäftsstelle über zwei imponierende Leinwände den neuen Film über die Regierungserfolge von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Uraufführung des Films wurde von den Berlinern mit Szenenapplaus bedacht. Dieser ebenso knappe wie einprägsame Film wird von jetzt an bei CDU-Veranstaltungen überall in der Bundesrepublik gezeigt.

In seiner kämpferischen Rede gab Eberhard Diepgen die Zielrichtung vor. Der junge Regierende Bürgermeister, der von vielen Berlinern bereits vertraulich nur noch „Eberhard“ genannt wird, sagte unter dem tosenden Beifall der 12000:

„Ich gebe heute das Signal zum Aufbruch, zum Kampf um jede Stimme. Es geht wirklich nicht darum, ob jedem jede Entscheidung paßt, ob einem jede Nase gefällt. Natürlich werden wir auch nicht alles richtig gemacht haben. Es geht um die Zukunft Berlins, um die Freiheit Berlins, um Arbeitsplätze, Umweltschutz und soziale Sicherheit. Es geht ums Ganze, — nicht um eine Partei, sondern um Berlin. Wir kämpfen für eine starke Union. Nicht eine einzige Stimme haben wir zu verschenken, auch nicht an den Koalitionspartner. Wir sind nicht die Sänfenträger anderer. Wir lassen auch keine Wilderei in unseren Stimmen zu.“

Ich sage all denen, die es angeht: Wer die Politik der Union will, der muß die Union auch wählen, gerade mit der Zweitstimme, mit der allein die Entscheidung getroffen wird. Politische Stabilität in Berlin gibt es ab dem 10. März nur mit einer starken CDU. Wir kämpfen für unsere Mehrheit. Ab heute ist der Wahlkampf eröffnet. Wir werden ihn fair und anständig, offensiv und zuversichtlich führen. Wir haben allen Grund, stolz zu sein. Wenn jeder von uns jeden Tag nur mit einem Bürger über die historische Bedeutung der Wahl am 10. März spricht, dann haben wir Hunderttau-

sende Bürger zusätzlich aufgeklärt. Dann werden wir es schaffen. Wir kämpfen für Berlin und für die Berliner. Ich bitte Euch: Helft mit!“

Bundeskanzler Helmut Kohl, der beim Einzug in die Halle von den jubelnden Berlinern fast erdrückt worden wäre, sagte in seiner Rede, die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. März seien ein „Markstein für die Zukunft Berlins“. „Diese Wahl“, so Helmut Kohl, „ist auch für alle Bürger im übrigen Bundesgebiet von größter Bedeutung. Die CDU in Berlin braucht jede Stimme, um ihre vor vier Jahren begonnene Arbeit fortsetzen zu können.“ Helmut Kohl rief den Menschen in der Deutschlandhalle zu: „Wählen Sie Eberhard Diepgen und seine Mannschaft und Sie wählen die Zukunft Berlins!“

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hatte zuvor die Grüße der Fraktion überbracht, für die die Veranstaltung in der Deutschlandhalle der Auftakt zur traditionellen zweitägigen

Union bei 47 Prozent

In ihrer jüngsten Meinungsumfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“) ermittelte das Emnid-Institut folgende Werte:

CDU/CSU	47 Prozent
SPD	38 Prozent
Grüne	8 Prozent
FDP	6 Prozent

In einem Bericht dazu vermerken die Meinungsforscher:

„Seit einiger Zeit ist zu beobachten, daß die Jung- oder Erstwähler (18 bis 19 Jahre) stärker zur CDU/CSU hundertendieren als je zuvor (43 Prozent).“

„Die Grünen entwickeln gegenwärtig ihr stärkstes Potential bei den 20- bis 29jährigen (31 Prozent).“

Heiner Geißler:

Arbeit für die Partei hat jetzt Vorrang

Generalsekretär Heiner Geißler wird noch in dieser Legislaturperiode das Amt des Ministers für Jugend, Familie und Gesundheit aufgeben. Dies entspricht seinem eigenen Wunsch und gemeinsamen Überlegungen mit dem Parteivorsitzenden. Die Entscheidung, sich auf die Aufgabe des Generalsekretärs zu konzentrieren, hat mehrere Gründe:

1. Mit dieser Entscheidung konzentriert sich der Generalsekretär ganz auf die Arbeit für die Christlich Demokratische Union. Der CDU stellt sich als Regierungspartei in einer politisch entscheidenden Periode die Aufgabe, die Ziele und die Erfolge der Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl den Bürgern nahezubringen, langfristige Perspektiven als Antwort auf die neue Technologie und die gesellschaftlichen Herausforderungen zu erarbeiten und die Vorbereitungen für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf 1987 zu treffen. Diese drei Ziele zu erreichen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Generalsekretärs der CDU in den kommenden Jahren.

2. Wichtige Aufgaben im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sind von Heiner Geißler auf den Weg gebracht, durchgesetzt und abgeschlossen worden: das 10-Milliarden-Paket zugunsten der Familien, das Erziehungsgeld, die Anerkennung von Erziehungsjahren, Ausbau des Familienlastenausgleichs, Stifftung Mutter und Kind, Reform des Zivildienstes und Kriegsdienstverweigerungsrechts, Neuregelung des Jugendschutzes unter Einbeziehung der Videofilme, Neuordnung der Ärzteausbildung. Zentrale programmatische Ziele der CDU, wie sie seit Mitte der 70er Jahre auf den Bundesparteitagen der CDU beschlossen sind, sind damit in nur zwei Jahren von der Bundesregierung beschlossen und vom Parlament verabschiedet worden.

Berliner Fraktionssitzung am Jahresbeginn war. Dregger betonte, daß die Anwesenheit der Fraktion in Berlin und die Unterstützung für Eberhard Diepgen kein bloßes Lippenbekenntnis, sondern eine Angelegenheit enger Verbundenheit sei. Zahlreiche Fraktionsmitglieder aus allen Teilen der Bundesrepublik nahmen an dieser Veranstaltung teil. Unter den Gästen auch der Bundesminister für innerdeutsche Fragen, Heinrich Windelen.

Die Berliner CDU hat in der Deutschlandhalle schon viele erfolgreiche Veranstaltungen organisiert, aber eine solche großartige Stimmung voller Optimismus und

Zuversicht für den Wahlslogan gab es noch nie. Vereint unter dem Slogan „Berlin ist wieder da“ wird die CDU, das wurde an diesem aufmunternden Nachmittag in der Deutschlandhalle sichtbar, bis zum 10. März um jede Stimme kämpfen. Es ist richtig, was Helmut Kohl sagte, daß am 10. März die Wahl erst um 18.00 Uhr mit der Schließung der Wahllokale beendet ist. Aber es besteht die durchaus begründete Annahme, daß auch das eintrifft, was auf einem Transparent im oberen Rang der Deutschlandhalle zu lesen war:

**10. 03. 1985 — 19.00 Uhr:
Rückflug Hans Apel**

1984 und 1985 wieder Rekord-Rentenniveau

Die Stellung der Rentner im Einkommensgefüge ist besser als je zuvor (mit Ausnahme des Jahres 1977). Das Netto-Rentenniveau betrug:

	40 Versicherungsjahre	45 Versicherungsjahre
1970	56,8 %	63,9 %
1975	59,1 %	66,4 %
1977	65,6 %	73,8 %
1978	64,7 %	72,8 %
1979	63,8 %	71,8 %
1980	63,2 %	71,1 %
1981	63,0 %	70,8 %
1982	64,7 %	72,8 %
1983	64,6 %	72,7 %
1984	65,3 % *)	73,4 % *)
1985	64,5 % **)	72,6 % *)

*) geschätzt bei 3,0 % Entgeltsteigerung ***) geschätzt bei 4,5 % KVdR

Nur einmal, 1977, war das Niveau mit 65,3/73,8 % höher als 1984. Auch 1985 wird es höher sein als 1980/81. Seit der Rentenreform im Jahre 1957 sind die Nettoeinkommen um das 5½fache gestiegen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Renten um das 6fache.

Die Renten steigen wie die verfügbaren Arbeitnehmereinkommen, nicht in jedem Jahr, aber im Durchschnitt der Jahre 1983 bis 1985.

	Verfügbare Renten	Netto-Arbeitsentgelte
1983	2,3 %	2,4 %
1984	2,9 %	1,8 % **)
1985	1,4 % *)	2,6 % *)
	6,6 %	6,8 %

*) geschätzt **) geschätzt bei 3 % brutto

Die Krankenversicherung der Rentner finanzieren ganz überwiegend die Jüngeren. Wenn die Rentner ab Mitte 1985 5 % KVdR-Beitrag zahlen müßten, dann würden sie damit im Jahresdurchschnitt gerade etwa 14 % der Kosten der Krankenversicherung der Rentner tragen.

Die Höhe der Renten sagt nichts über den Lebensstandard des Beziehers. Kleine Renten sind meistens kein Ausdruck von Rentnerarmut. Nach Anfratest bezogen 1982 die männlichen Rentner zu 28 % nur eine Rente, zu 51 % zwei Einkommen und zu 21 % drei und mehr Einkommen.

Rentnerinnen mit eigener Rente hatten zu 66 % mehr als ein Einkommen, außerdem war ein Großteil verheiratet, weshalb das Haushaltseinkommen die entscheidende Betrachtungsgröße ist. Witwenrentnerinnen haben sogar zu 82 % mehr als eine Einkommensart. Für Bezieher von Renten bis 600 Mark gilt: 54 % leben in Haushalten mit einem Nettoeinkommen von über 2000 Mark, über 80 % in Haushalten mit mehr als 1000 Mark Nettoeinkommen.

Die Aufwendungen für die Generationen sind unentgeltlich verteilt. Vom Sozialbudget 1983 in Höhe von 537,2 Milliarden Mark wurden aufgewendet: für Alter/Hinterbliebene 209,3 Milliarden Mark (39,0 %), für Ehe/Familie 66,5 Milliarden Mark (12,4 %).

■ BUNDESTAG

Norbert Blüm: Wir haben das Rentenniveau auf Höchststand gebracht

Wir haben einen Spitzenstand der Rentenhöhe erreicht. Wer 45 Jahre Beiträge gezahlt hat, erreichte 1984 eine Rente von 73,4% des vergleichbaren, verfügbaren Einkommens der Arbeitnehmer. Mit anderen Worten: Der Rentner erhält nach einem voll-erfüllten Arbeitsleben rund drei Viertel des Lohnes, den er als Arbeitnehmer erhalten würde, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in der Rentendebatte am Freitag, 18. Januar 1985, vor dem Deutschen Bundestag.

Das Jahr 1984 liegt zusammen mit dem Jahr 1977 mit dem Rentenniveau an der Spitze aller Jahre, seitdem es die Rentenversicherung gibt.

Die Sozialdemokraten haben 1980 Helmut Schmidt Beifall geklatscht, als er in seiner Regierungserklärung 71,1% als Rekordrentenniveau darstellte. Wer bei 71% Bravo gerufen hat, kann bei 73% nicht Pfui schreien, denn 73% sind 2% besser als 71%.

Das hohe Niveau unserer Rentenversicherung ist das Ergebnis sozialpolitischer Anstrengungen, an der Politiker vieler Generationen und vieler Parteien, auch der sozialdemokratischen, beteiligt waren.

Es ist vor allem das Verdienst der Arbeit, des Fleißes und der Beitragszahlungen jener Generation, die unser Land aufgebaut hat und die jetzt Rente bezieht. Dieser Generation sind wir Dank und Respekt schuldig.

Renten und Preise

Die wichtigste sozialpolitische Nachricht für die Rentner ist die Tatsache, daß die Preissteigerungsrate zurückgegangen ist. Die Rentenerhöhung 1984 liegt fast ein halbes Prozent über der Preissteigerungsrate. Die Rente ist wieder mehr wert. Die Kaufkraft der Rentner hat wieder zugenommen.

1980 war die Rentenanpassung 4%, die Preissteigerung aber 5,4%. Ein Jahr später Rentenerhöhung wieder 4%, aber die Preise liefen mit 6,1% davon.

Jetzt frage ich Sie: Was ist für die Rentner besser? Hohe Rentenerhöhungen, wenn die Preissteigerung noch höher ist, oder niedrigere Rentenerhöhung bei niedrigerer Inflationsrate?

Hätten wir heute noch die Preissteigerungsrate soweit über der Rentenerhöhung wie 1980/81, bedeutete dies einen Kaufkraftverlust von 5,2 Mrd. DM für die Rentner, tatsächlich haben die Rentner 1984 den Wettlauf mit der Inflation gewonnen und konnten 600 Mio. DM Kaufkraft hinzugewinnen.

Allein die seit 1982 um 3% verringerte Inflationsrate bringt den Rentnern und Pensionären pro Jahr 7 Mrd. DM mehr an Kaufkraft. Das ist soviel wert wie 3% Rentensteigerung. Das ist der Unterschied zu SPD-Zeiten. Damals haben sie lautstark hohe Rentenerhöhungen verkündet und leise den Rentnern mehr aus der Tasche gezogen als sie vorher die Renten erhöht haben.

Wir verkünden laut eine geringere Rentensteigerung und leise, daß die Rentner am meisten durch Preisstabilität gewinnen.

Rückgang der Preissteigerung ist lautlose Rentenerhöhung.

Wie kommt die SPD dazu, sich über geringe Rentenerhöhungen aufzuregen? Haben sie vergessen, daß sie Rentenerhöhungen total ausfallen ließen? Haben sie vergessen, daß sie dreimal die Renten von den Lohnerhöhungen abgehängt und sie willkürlich festgesetzt haben?

Renten und Löhne

Die Rentner sind auch im vergangenen Jahr in ihrem Lebensstandard nicht zurückgefallen. Die Rentenerhöhung des Jahres 1984 liegt oberhalb der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer. Die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer erhöhten sich 1984 um rund 1% weniger als die der Rentner.

Rentenerhöhung 1984 gegenüber 1983: 2,9% netto. Einkommen der Arbeitnehmer: 1,8% netto.

Die Beamten haben 1984 sogar eine Nullrunde gehabt und damit auch die Pensionäre.

Langfristig haben die Rentner sogar besser abgeschnitten als die Arbeitnehmer. Ihre Rente erhöhte sich seit der Rentenreform 1957 um das 6fache — das Einkommen der Arbeitnehmer aber nur um das 5½fache. Die Einbußen, welche die wirtschaftliche Krise verursachte, waren bei den Arbeitnehmern höher. Die Arbeitnehmerereinkommen verloren seit 1979 5,8% der Kaufkraft, die Rentner nur 3,9%.

Das Anpassungssystem

Die Renten folgen den Löhnen, und keine Lohnsteigerung geht an den Rentnern vorbei. Aber die Lohnerhöhungen kommen erst ein Jahr später bei den Rentnern an. Deckungsgleich können Renten- und Lohnerhöhungen in keinem Jahr sein. Man

kann nämlich bei der Rentenerhöhung zur Jahresmitte noch nicht wissen, wie die Löhne sich bis zum Dezember desselben Jahres entwickeln. Also brauchen wir ein Jahr Abstand. Das bringt Löhne und Renten so nahe wie möglich zusammen. Früher war der Abstand sogar mehr als drei Jahre. Das führte dazu, daß Renten- und Lohnentwicklung häufig meilenweit voneinander entfernt waren.

1970 beispielsweise war die Rentenerhöhung 6,35%. Die Nettolöhne stiegen aber um 13%. In anderen Jahren war es umgekehrt. Wir schaffen mehr Gleichklang zwischen Alt und Jung. Aber die ältere Generation kann eben nicht mehr herausholen, als auch die Jungen haben.

Krankenversicherungsbeitrag der Rentner

Die Rentner sollen sich an ihrer Krankenversicherung mit einem eigenen Beitrag beteiligen. Das ist die gemeinsame Überzeugung von SPD und Regierungsparteien. Dieser Krankenversicherungsbeitrag der Rentner ist nur ein bescheidener Beitrag zu den Kosten der Krankenversicherung der älteren Generation.

Der Beitrag von 4,5%, den die Rentner von ihrer Rente zu ihrer Krankenversicherung bezahlen, macht noch nicht 14% der Kosten aus, die die Krankenversicherung für die Rentner bezahlen muß.

Ich appelliere deshalb an die Rücksicht der älteren Generation auf die Jungen. Die Jungen können nicht alles bezahlen. Solidarität verlangt die Rücksicht der Jungen auf die Alten, aber auch die Rücksicht der Alten auf die Jungen.

Kleinrenten

Ich warne vor dem Gemälde eines allgemeinen Renteneulens. Eine kleine Rente sagt noch nichts über den Lebensstandard ihres Beziehers.

54% der Bezieher von Renten unter

600,— DM leben mit einem Gesamtnettohaushaltseinkommen von über 2000,— DM. Mancher kinderreiche Familienvater wäre froh, er würde nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben soviel verdienen, wie manche Großmutter und mancher Großvater Alterseinkommen haben.

Anders als in früheren Zeiten haben die meisten Rentner neben ihrer Rente noch ein zweites Einkommen oder/und noch eine eigene Rente des Partners. Bei den Männern haben 51% der Bezieher der Renten noch ein zweites Einkommen und 21% sogar noch ein drittes oder mehr. Witwenrentnerinnen haben sogar zu 82% mehr als eine Einkommensart.

Altenarmut

Es gibt auch Not in der älteren Generation. Aber Altenarmut ist nicht Rentenarmut. Ich bestreite, daß in der Rentenversicherung die Ursache der Not liegt. Armut ist das Ergebnis von wenig Beitragsjahren oder geringem Lohn. Die Rentenversicherung kann allerdings mit ihren Mitteln nicht alle sozialen Fragen der Nation lösen. Die Rentenversicherung ist nicht der Alleskleber des Sozialstaates. Wer die Rentenversicherung mit den Aufgaben der Fürsorge betraut, führt uns den Weg zur sozialistischen Gulaschkanone, von deren Einheitsbrei jeder den gleichen Schlag bekommt.

Wir wollen die Rente lohn- und leistungsbezogen halten. Daneben freilich gibt es die sozialstaatliche Pflicht der Fürsorge, der wir uns nicht entziehen wollen.

Wir brauchen neben der Rentenversicherung die Sozialhilfe als das allgemeine Netz, das alle auffängt, die in Existenznöte geraten. Und es ist keine Schande, Sozialhilfe zu beziehen.

Wer — wie die SPD — die Rentenversicherung mit Mindestrenten an die Stelle der Sozialhilfe setzen will, erweckt den

Eindruck, als seien Sozialhilfeempfänger Außenseiter.

1% der älteren Männer (61 bis 79) erhalten Sozialhilfe und 2% der älteren Frauen. Wenn Sozialhilfe ein Zeichen materiellen Mangels ist, dann zeigen die Zahlen, daß Altenarmut jedenfalls keine Massenerscheinung ist. Ich möchte das Problem damit nicht verniedlichen. Denn wir müssen uns um Hilfsbedürftige kümmern, auch wenn sie keine „Massen“ oder Mehrheiten sind.

Strukturreform

Wir brauchen eine große Strukturreform der Alterssicherung, in die alle Systeme einbezogen werden. Die Solidarität der Generationen ist aus dem Gleichgewicht geraten.

Unser Sozialbudget weist aus, daß wir rund 38,9% für Alterssicherung aufwenden, aber nur rund 12,4% für Ehe und Familie. Niemand wird behaupten wollen, das sei die Waage der Gerechtigkeit.

Wir geraten in die Gefahr, den großen Solidarausgleich der Generationen zu privatisieren. Zuguterletzt bezahlen die Großeltern die Ausbildung der Enkel, weil es die Eltern aus eigener Tasche nicht mehr schaffen. Bei den kleinen und großen Geschenken soll es mancherorts schon heute so sein, daß Oma und Opa die Enkel reicher beschenken als es Vater und Mutter können.

Wir dürfen um der Sicherheit der älteren Generation willen nicht den Aufstand der jungen Generation provozieren, die sich gegen zu hohe Beitragslasten wehren. Ich bin gegen Rentenkürzungen und gegen jeden Absturz des Rentenniveaus. Ich bin für den behutsamen Weg einer großen Kurve in eine neue Generationenbalance.

Wir brauchen den Mut zu einer Rentenpolitik mit langem Atem, und kurzfristige Probleme dürfen nicht mit Hantieren an der Rentenformel gelöst werden. Die For-

mel kann nicht „zeitweise“ gelten und nach dem Bequemlichkeitsprinzip Geltung haben.

Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner (KVdR) gehört nicht zur Rentenformel. Deshalb bin ich damit einverstanden, daß wir den Krankenversicherungsbeitrag nicht um 2, sondern um 1,5% erhöhen, um dadurch sicherzustellen, daß die effektive Rentenanpassung 1985 über 1% liegt. Die genaue Zahl wird vorliegen, wenn wir verlässlich wissen, wieviel die Löhne 1984 gestiegen sind. Von dieser Zahl wird 1,5% KVdR abgezogen. Die SPD will nicht 1,5%, sondern 1% KVdR von der Rentenerhöhung abziehen.

Die SPD nennt unseren Vorschlag „lächerlich“. Er unterscheidet sich vom SPD-Vorschlag um 0,5%.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Dezimalstelle nennen könnten, wo zwischen 0 und 0,5 die Lächerlichkeit aufhört und ihre Ernsthaftigkeit beginnt.

1978 jedenfalls hat der damalige Bundesarbeitsminister Ehrenberg bei niedrigerem Rentenniveau als heute unter Berufung auf den DGB von einem Krankenversicherungsbeitrag von 2% im ersten Jahr, 4% im zweiten Jahr und 5,5% im dritten gesprochen.

Demnach hätten wir schon 1981 5,5% Krankenversicherungsbeitrag haben müssen. Jetzt schreiben wir 1985 und muten den Rentnern 1% weniger Krankenversicherungsbeitrag zu als einst vom DGB geplant war.

Ich gebe zu, daß wir alle etwas über unsere Verhältnisse geplant haben. 1972 wurden 200 Mrd. DM in der Rentenversicherung verteilt, die noch gar nicht erwirtschaftet waren. Laßt uns aus Schaden klug werden. Ein Schuß Prognoseskepsis ist ein Stück Rentensicherheit.

Rentensicherheit

Das wichtigste Problem der Rentenversicherung ist die Rentensicherheit. Wir müssen dafür sorgen, daß genug Geld in der Rentenkasse ist. Das ist, ich bekenne es, meine größte Sorge. Und das ist nicht ein Problemchen wie weiland Helmut Schmidt vor der Wahl ernsthafte Rentenschwierigkeiten beschrieb, sondern das ist ein Problem. Die Rentner freilich können sicher sein: Die Rentenzahlung wird nie gefährdet sein.

Dafür steht die Bundesgarantie und die Bundesregierung. Und ich füge hinzu: Regierungsparteien und Opposition.

Unser Streit geht nur darum, wie hoch die Rentenerhöhung sein kann. Wir müssen eine vernünftige Einnahmepolitik betreiben, die den Arbeitnehmern nicht mehr Beitragslasten zumutet und eine vernünftige Ausgabenpolitik, die nur das verspricht, was wir halten können.

Dazu brauchen wir in der Rentenformel einen neuen Regelmechanismus für den Ausgleich von Beitrag und Rente bei veränderter Bevölkerungsentwicklung. Last und Leistung müssen im Gleichgewicht sein. Die Last des Bevölkerungsrückganges darf nicht ausschließlich dem Beitragszahler zugemutet werden. Ich begrüße die Vorschläge der Opposition, eine bevölkerungspolitische Komponente in die Rentenformel einzubauen. Dies entspricht unseren eigenen Vorstellungen. Der Bevölkerungsrückgang kann nicht nur von den Beitragszahlern ausgeglichen werden.

Finanzprobleme

Die Probleme in der Rentenversicherung sind auch Folgen der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ist immer eine der größten Gefahren für soziale Sicherheit; egal wie das System organisiert ist.

Es gibt keine Rentenfinanzierung, die sich vom Arbeitsmarkt abkoppeln kann. Sozia-

le Sicherheit wird immer aus der Arbeit aller bezahlt. Auch die klügste Sozialorganisation kann diesen Zusammenhang nicht auflösen. Bestenfalls kann sie Umwege organisieren, aber nicht mehr.

Arbeitszeitverkürzung

Die Löhne stiegen im Jahre 1984 wegen gleichzeitig vereinbarter Arbeitszeitverkürzungen weniger stark. Das muß sich auch auf die Rentenkasse auswirken. Von den verkürzten Arbeitsstunden wird schließlich kein Beitrag abgeführt. Das unterscheidet übrigens Wochenarbeitszeitverkürzung auch vom Vorruhestand, denn vom Vorruhestandsgeld wird weiter Beitrag zur Rentenversicherung gezahlt. Auch in dieser Hinsicht ist die Vorruhestandsregelung sozial verträglicher.

Rückkehrförderung

Einen großen Brocken Geld hat uns die Rückkehrförderung für die ausländischen Arbeitnehmer gekostet. Sie war erfolgreicher als wir sie selber geschätzt haben. Nicht 50000 ausländische Mitbürger haben sie in Anspruch genommen, wie wir in unseren Rechnungen eingesetzt hatten, sondern dreimal so viele.

Das kostet freilich kurzfristig mehr Geld, als der Rentenversicherung lieb sein kann. Die Rentenversicherung hat hier eine stellvertretende Aufgabe für arbeitsmarktpolitische Entlastung übernommen und hat geholfen, daß unsere ausländischen Mitbürger nicht mit leeren Händen in ihre Heimat zurückkehrten.

Diese Leistung, die die Rentenversicherung für die Allgemeinheit erbracht hat, darf nicht der Grund sein, daß sie in Schwierigkeiten gerät. Langfristig freilich ist die Rückkehrförderung für die Rentenversicherung eine große Erleichterung.

Sparen

Die Schwierigkeiten in der Rentenversicherung zeigen die Notwendigkeit unse-

res Sparkurses. Es ist ein Widerspruch, wenn uns die SPD vorwirft, wir hätten zu viel gespart und gleichzeitig, wir hätten zu wenig Geld in der Rentenkasse. Hätten wir weniger gespart, wäre noch weniger Geld in der Rentenkasse.

Durch Einnahme und Ausgabenveränderung haben wir der Rentenversicherung in dieser Legislaturperiode 65 Mrd. DM mehr Geld verschafft. Wo wäre die Rentenversicherung jetzt, wenn wir nicht gehandelt hätten? Höhere Ausgaben und gleichzeitig mehr Rücklage — das schafft nur die sozialdemokratische Rechenkunst. ■

Die „Times“ würdigt das „neue deutsche Wunder“

Die britische Tageszeitung „Times“ hat die Stärke der deutschen Wirtschaft gewürdigt. In Anlehnung an den Wirtschaftsboom der unmittelbaren Nachkriegszeit wird der neue Wirtschaftsaufschwung als „Westdeutschlands neues Wunder“ bezeichnet. In einem Korrespondentenbericht aus Bonn heißt es unter anderem, daß kaum ein Tag ohne neue Beweise für die bemerkenswerte Erholung der westdeutschen Wirtschaft vergehe. „Das wirtschaftliche Herz Europas schlägt mit solcher Kraft, daß Bonn fast atemlos scheint über den Erfolg seiner Politik, und nach der letzten Voraussage wird die Wirtschaft in diesem Jahr um etwa drei Prozent wachsen.“

Der Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiet ist nach Ansicht der „Times“ der Hauptgrund für die anhaltende Popularität der Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Stärke der drittgrößten Wirtschaft der westlichen Welt werde durch eine Reihe „gesunder“ Zahlen demonstriert, „die wiederum frischen Optimismus in die deutsche Industrie brachten, der sichtbare politische und soziale Konsequenzen hat“.

■ BESCHÄFTIGUNG

Sachverständige bestätigen: Schritt in die richtige Richtung

Zur Sachverständigenanhörung zum Regierungsentwurf des Beschäftigungsförderungsgesetzes vor dem Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Wolfgang Vogt:

Die Sachverständigenanhörung hat unsere Auffassung bestätigt, daß der Regierungsentwurf des Beschäftigungsförderungsgesetzes einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Beschäftigungskrise leisten kann. Sicherlich kann dieses Gesetz nicht für sich allein die Arbeitslosigkeit beseitigen. Neben einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wird es aber dazu beitragen, im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs den Arbeitslosen neue Beschäftigungschancen zu eröffnen.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat festgestellt, daß der vorgesehene erleichterte Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen dazu dient, vermeidbare Überstunden abzubauen und Arbeitslosen wenigstens eine befristete Beschäftigung zu ermöglichen. Hier ist auch die Initiative von Minister Blüm zum Abbau von Überstunden zu nennen: Sie hat zu der gemeinsamen Erklärung des DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geführt, in Zukunft möglichst auf Überstunden zu verzichten und statt dessen Neueinstellungen vorzunehmen.

Zur Teilzeitarbeit hat die Anhörung ergeben, daß die Arbeitgeber auf der Grundlage des SPD-Entwurfs über Teilzeitarbeit kaum noch solche Arbeitsplätze anbieten würden — Teilzeitarbeit wäre totgeschützt. Demgegenüber bestätigten die Sachverständigen, daß der Regierungsentwurf die rechtliche Situation der Teilzeitbeschäftigten verbessert, ohne deren Arbeitsmarktchancen zu verschlechtern. Die behutsame Änderung der Sozialplanregelung hat sich in der Anhörung als ausgewogener Kompromiß erwiesen.

Dies gilt für den gesamten Gesetzentwurf: Den Arbeitgebern gehen die Änderungen vielfach nicht weit genug, den Gewerkschaften gehen sie zu weit. Dies zeigt, daß die Bundesregierung mit ihren Vorschlägen einen vernünftigen Mittelweg beschritten hat.

5. Adenauer-Haus-Gespräch

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat die Befürchtung ausgesprochen, daß Lehrer im Schulunterricht Angst als „eines der perfidesten Mittel“ einsetzen, um gezielt Einstellungen und Überzeugungen von Kindern und Jugendlichen zu manipulieren. Bei einer Unionsveranstaltung zum Thema „Aussteigen oder Einsteigen? — Wozu erziehen unsere Schulen?“ wandte sich Geißler gegen eine „bewußt erzeugte Unkultur der Angst“. Er bemängelte Fälle, in denen Lehrer ihre „eigenen Ängste zum Gegenstand des Unterrichts“ machten und dadurch bei den Schülern „vorhandene Zuversicht“ sinnlos zerstörten. Zwar könne Zuversicht nicht über Lehrpläne vermittelt werden, es müsse aber gefragt werden, ob die Schule alles tue, um „unnötige Angst durch objektive Sachinformation abzubauen“.

Über dieses 5. Fachgespräch im Konrad-Adenauer-Haus wird der UID demnächst in einer Dokumentation ausführlich berichten.

■ HAUSHALTSPOLITIK:

Den Aufschwung sichern und die Arbeitslosigkeit abbauen

Nach den ersten vorläufigen Kassenzahlen schließt der Bundeshaushalt 1984 mit Ausgaben von 251,7 Milliarden DM bei einer Nettokreditaufnahme von 28,3 Milliarden DM ab. Dies bedeutet gegenüber dem Jahresabschluß 1983 einen Anstieg der Ausgaben um 2 Prozent und einen Zuwachs der Steuereinnahmen um 3,6 Prozent. Der Bundesbankgewinn ist gegenüber 1983 um 0,4 Milliarden DM auf 11,4 Milliarden DM angestiegen. Die Nettokreditaufnahme ist gegenüber 1983 von 31,5 Milliarden DM um 3,2 Milliarden DM zurückgegangen.

Auch bei den Ländern und Gemeinden zeichnet sich nach dem Zwischenergebnis der ersten elf Monate ein fühlbarer Rückgang der Neuverschuldung ab. Die Kommunen insgesamt hatten 1984 voraussichtlich keine Neuverschuldung mehr. Mit diesem Ergebnis — so Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg — ist für den Bund ein weiterer wichtiger Schritt zur Gesundung der Staatsfinanzen getan. Allerdings ist der Rückgang der Neuverschuldung geringer ausgefallen als 1983 (5,7 Milliarden DM gegenüber 1982). Der Grund hierfür liegt vor allem im verhaltenen Anstieg der Steuereinnahmen des Bundes, die um 2,9 Milliarden DM gegenüber dem Haushaltsplan 1984 zurückgeblieben sind. Für dieses Ergebnis sind sowohl die Wirkungen des Arbeitskampfes vom Frühjahr als auch der erfreuliche Rückgang der Inflationsrate von Bedeu-

tung. Die Steuereinnahmen des Bundes von 197,2 Milliarden DM entsprechen exakt dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung vom November 1984. Nur durch die strenge Ausgabendisziplin des Jahres 1984 konnte die erfolgreiche Fortsetzung der Konsolidierungspolitik gewährleistet werden.

Die Rückführung des Finanzierungsdefizits bei Bund, Ländern und Gemeinden durch betonte Sparsamkeit hat der Wirtschaftsentwicklung wichtige Impulse gegeben, die Zinssenkung und die Preisstabilität wesentlich gefördert und damit den Betrieben mehr Spielraum für zusätzliche Investitionen eröffnet.

Auf eine erhebliche Verstärkung der Investitionstätigkeit im Jahr 1985 richten sich neben einer weiterhin guten Exportentwicklung die nachhaltigsten Hoffnungen für einen guten Konjunkturverlauf im neuen Jahr. Nach den jüngsten Gutachten zahlreicher unabhängiger Instanzen kann in Verbindung hiermit auch erstmals seit 1979 eine spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden.

Die Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes leistet hierfür einen wichtigen Beitrag. Der vom Bundestag und Bundesrat verabschiedete Haushaltsplan 1985 wird im Vollzug zu einem weiteren Rückgang der Neuverschuldung führen. Dies ist wichtig, weil wir 1966 durch die erheblichen Mehrbelastungen für die Europäische Gemeinschaft, die Wirkungen der Steuersenkung und die zusätzlichen Aufwendungen für die Familienpolitik erstmals wieder mit ei-

nem gewissen Anstieg der Neuverschuldung rechnen müssen.

Dennoch ist es in den folgenden Jahren notwendig, die Nettokreditaufnahme zu reduzieren. Von einer wirklichen Gesundung der Bundesfinanzen wird man erst sprechen können, wenn die Nettokreditaufnahme ohne Bundesbankgewinn wieder unter 20 Milliarden DM liegt.

Die bevorstehenden finanzpolitischen Diskussionen müssen an der wichtigsten Aufgabe dieser Wahlperiode, der Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit orientiert bleiben.

Auch für die Zukunft muß eine strenge Begrenzung der Ausgaben der wichtigste Grundsatz der Haushaltspolitik sein:

— Ohne den Bundesbankgewinn von 11,4 Milliarden DM hätte sich die Nettokreditaufnahme 1984 immer noch auf fast 40 Milliarden DM belaufen. Gegenüber 1982, dem letzten Regierungsjahr der alten Koalition, hat sich der Bundesbankgewinn um 0,9 Milliarden DM erhöht.

— Die Zinsbelastung des Bundes erreichte 1984 knapp 28 Milliarden DM. Sie wird

in den nächsten Jahren weiter steigen. Der Anteil der Zinsen am Gesamthaushalt des Bundes beträgt 1984 11,0 v. H. Im letzten Jahr der Finanzplanung (1988) sind 37,5 Milliarden DM oder 13,2 v. H. vorgesehen. 1969 betrug die Zinsbelastung 2,2 Milliarden DM oder 2,7 v. H. Die Zinsbelastungen engen als Dauerbelastung den finanzpolitischen Handlungsspielraum erheblich ein.

— Die von der Bundesregierung vorgesehene Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer in zwei Stufen wird schon 1986 allein beim Bund zu 5 Milliarden DM Einnahmeausfällen führen.

— Nach den Vereinbarungen innerhalb der EG von Fontainebleau muß der Bund bereits 1986 zusätzlich bis zu 4½ Milliarden DM Einnahmen an die EG übertragen.

Angst vor Krieg geht zurück

Die Angst vor einem neuen Weltkrieg ist bei den Menschen in der Europäischen Gemeinschaft seit 1980 deutlich gesunken. Nur noch 13 Prozent der Bürger halten einen neuen Weltkrieg in den nächsten 10 Jahren für wahrscheinlich.

Im Soll/Ist-Vergleich

— in Mrd. DM —	Soll 1984	Vorl. Ist 1984	Abweichung
Ausgaben	257,1	251,7	—5,4
Steigerung/Ist 1983	(+4,2 v. H.)	(+2,0 v. H.)	
Einnahmen	225,6	223,0	—2,6
— Steuern	200,1	197,2	—2,9
Steigerung/Ist 1983	(+5,0 v. H.)	(+3,8 v. H.)	
— Verwaltungseinnahmen	25,5	25,8	+0,3
(davon Bundesbank)	11,4	11,4	—
Finanzierungssaldo	31,5	28,6*	—2,9*
Deckung			
Nettokreditaufnahme	31,2	28,3	—2,9
Münzeinnahmen	0,3	0,3	—

* Differenzen durch Rundungen

■ BUNDESFACHAUSSCHUSS

Berlin setzt neue Maßstäbe in der Sozialpolitik

In keinem anderen Bundesland, so erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Sozialpolitik“, Senator Ulf Fink, am 11. Januar 1985 vor Journalisten in Bonn, weder in den von der SPD-regierten Ländern Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen, noch in dem bisher von den Grün/Alternativen tolerierten Hessen wird auch nur im entferntesten so viel für die soziale Gerechtigkeit getan wie in Berlin. Früher war Berlin ein Vorreiter der Kostenexplosion, heute setzt Berlin wieder Maßstäbe in der Sozialpolitik.

Zum Beweis für diese Behauptung legte Fink eine 24seitige Dokumentation vor „Sozialpolitik der Bundesländer — Ein Vergleich zwischen SPD-geführten Bundesländern und Berlin“.

Bewußt ist ein Vergleich der SPD-geführten Bundesländer mit einem langjährig von der SPD regierten und seit vier Jahren von der CDU geführten Bundesland gewählt worden. Berlin bietet sich als Vergleich auch deshalb an, weil soziale Probleme sich hier früher als anderswo und in besonderer Schärfe zeigen. Pionierleistungen in der Sozialpolitik können zentral beim Bund, noch eher aber dezentral bei Ländern und Gemeinden erbracht werden. Ob neue Wege erfolgreich sind, kann nur im Vergleich beurteilt werden. Deshalb wurde die Dokumentation vorgelegt. Sie ist als ein Beitrag zur Diskussion über das gedacht, was sozialpolitisch vernünftig und machbar ist.

Vorausgeschickt werden muß, daß nicht etwa überproportionale Haushaltszuwächse oder Steigerungsraten der Bundeshilfe für Berlin diese neuen Akzente finanzierbar gemacht haben. Die zusätzlichen sozialen Leistungen wurden in Berlin durch Umschichtungen im Haushalt möglich und dadurch, daß an den richtigen Stellen gespart wurde. So wurden in Berlin etwa Einkommensgrenzen beim Familiengründungsdarlehen und bei den Gebühren für Kindertagesstätten eingeführt, nicht benötigte Krankenhausbetten wurden abgebaut zugunsten einer Verstärkung ambulanter Dienste; seit 1982 erwirtschaften die städtischen Krankenhäuser in Berlin Gewinne.

Die in der Dokumentation beschriebenen Initiativen aus Berlin sind Ansätze zu einer **Neuorientierung der Sozialpolitik** mit dem Ziel, die Gesellschaft trotz unumgänglicher Haushaltsgrenzen menschlicher zu gestalten:

— **Familien** werden in Berlin sehr großzügig gefördert. Seit dem 1. Januar 1983 gibt es in Berlin als erstem Bundesland Familiengeld. Es wird ein Familiengründungsdarlehen mit außerordentlich günstigen Konditionen gewährt. In keinem SPD-regierten Bundesland gibt es diese beiden Leistungen für die Familien.

— **Schwerbehinderte** können in Berlin mit besonderer Unterstützung und Hilfe rechnen. Für die berufliche Wiedereingliederung von Schwerbehinderten gibt es seit 1984 ein Sonderprogramm zur Vermittlung auf Dauerarbeitsplätze. Dabei

sind erstaunliche Erfolge erzielt worden. Zudem hat sich Berlin zu einer Sonderregelung bei der Freifahrt für Schwerbehinderte entschlossen.

— Berlin hat in kürzester Zeit ein flächendeckendes Netz von **Sozialstationen** aufgebaut, von denen aus heute 13 000 Berliner regelmäßig medizinisch zu Hause versorgt werden. Die Krankenkassen beteiligen sich an der Finanzierung nicht nur der medizinischen Betreuung, sondern auch an den Kosten für eine Haushaltshilfe, soweit dies erforderlich ist.

— Berlin ist das einzige Bundesland, das eine Vereinbarung mit den Krankenkassen getroffen hat zur Förderung von ambulanten Einrichtungen und therapeutischen Wohngemeinschaften für **psychisch Kranke**.

— Nach dem Berliner Modell zur Förderung von **Selbsthilfegruppen** werden jährlich 7,5 Millionen Mark an einzelne Projekte gegeben. Nur in Berlin werden Selbsthilfegruppen im Bereich Gesundheit und im psycho-sozialen Bereich mit staatlichen Mitteln unterstützt.

— In Berlin werden seit Juli 1983, wie im Gesetz vorgesehen, **Sozialhilfe-Empfänger** zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen. Niemand wird zur Arbeit gezwungen, dem sie wegen Alter, Krankheit oder sonstigen Gründen nicht zugemutet werden kann, sondern mit dieser Maßnahme wird arbeitslosen Sozialhilfe-Empfängern die Möglichkeit gegeben, 120 Mark im Monat zusätzlich zu verdienen. Bis August 1984 wurde rund 23 300 Personen gemeinnützige, zusätzliche Arbeit angeboten, rund 17 000 haben die Arbeit angenommen. Obgleich diese 17 000 Sozialhilfe-Empfänger dadurch zeitweise eine rund dreißigprozentige Erhöhung ihres Regelsatzes erhalten haben, trägt sich das Programm gut selbst. So ist von rund 1 000 bisherigen Sozialhilfe-Empfängern nach der Aufforderung zur Aufnahme gemein-

Aufschwung trägt sich selbst

Nach den Exporterfolgen des vergangenen Jahres und bei jetzt kräftiger werdender Investitionsneigung befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer Aufschwungbewegung, die sich selbst trägt. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Olaf Sievert, sagte zur „Saarbrücker Zeitung“, erstmals könne für 1985 damit gerechnet werden, daß die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf in einer Größenordnung von etwa 200 000 absinken werde.

Eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik sei ein auf Geldwertstabilität ausgerichteter Kurs, erklärte der Wissenschaftler weiter. Der eingeschlagene Pfad für die öffentliche Ausgabenentwicklung müsse eingehalten und ein besseres, wachstumsfreundliches Steuersystem durchgesetzt werden. Sievert zufolge muß jedoch mehr getan werden, als derzeit an Steueränderungen für 1986 und 1988 vorgesehen ist. Steuersenkungen reichen nicht aus. Vielmehr müsse das Steuersystem umstrukturiert werden. Als eine der wichtigsten großen Aufgaben der Steuerpolitik bezeichnete der Wissenschaftler die Reform der Finanzverfassung der Gemeinden.

nütziger Arbeit die Sozialhilfe nicht mehr in Anspruch genommen worden.

Die Dokumentation zeigt insgesamt, so erläuterte Senator Fink, daß der Sozialdemokratie entweder die Kraft oder der Mut oder der Ideenreichtum fehlt, ihrem eigenen Anspruch gerecht zu werden. Möglicherweise liege dies auch an einem Mißverständnis der Sozialdemokratie von dem, was heute unter dem Gebot des Sozialen verstanden werden muß.

■ WOHNUNGSGELD

Erhöhung entlastet vor allem die kleinen und mittleren Rentenbezieher

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt die gemeinsamen Vorschläge von Bundesbauminister Schneider und Bundesfinanzminister Stoltenberg zur sechsten Wohngeldnovelle. Mit einer Erhöhung des 50%igen Bundesanteils zum 1. Januar 1986 um 450 Millionen DM, was eine Erhöhung des Wohngeldes um insgesamt 900 Millionen DM bedeutet, sind die beiden Hauptforderungen der CDU/CSU erfüllt, erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy.

Die Erhöhung erfolgt am 1. Januar 1986 und damit ein halbes Jahr früher als in der Finanzplanung des Bundes vorgesehen. Damit wird verhindert, daß die starren Einkommens- und Mietobergrenzen der derzeitigen Regelung zu einer zu starken Auszehrung des realen Wohngeldwertes führen. Die Aufstockung des Bundesanteils auf 1,6 Mrd. DM bedeutet den vollen Ausgleich des Mietanstiegs von rund 25% für Wohngeldempfänger seit der letzten Novelle. Damit wird dem erklärten Ziel der CDU/CSU Rechnung getragen, das Wohngeld selbst in Zeiten knapper öffentlicher Mittel als soziale Absicherung einer mehr marktwirtschaftlich orientierten Wohnungsbaupolitik auszubauen.

Mit der künftigen Ausrichtung des Wohngeldes auf das Mietenniveau der betreffenden Region wird sichergestellt, daß die erhöhten Mittel zielgenauer den Wohngeldempfängern zugute kommen, die in Gebieten mit überdurchschnittlichem Mietenniveau leben.

Die CDU/CSU-Fraktion prüft derzeit zusätzlich, wie bei der Gesetzgebung sichergestellt werden kann, daß für die Wohngeldempfänger unter den Rentnern die nominale Rentenerhöhung von etwa 3% zum 1. Juli 1985, nicht zwischenzeitlich zu einer Reduzierung des Wohngeldes oder Wohngeldanspruches führt.

Da der größte Teil der Wohngeldempfänger Rentner mit kleinen und mittleren Renten ist, ist die vorgesehene Wohngelderhöhung insbesondere eine wesentliche Verbesserung der Situation dieser Rentnerhaushalte. Für einen alleinstehenden Rentner in einer Region mit durchschnittlichem Mietenniveau wird die Wohngelderhöhung im Durchschnitt etwa 50 DM betragen.

Zum gleichen Thema erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gerhard Braun:

Die Erhöhung der Wohngeldleistungen wird auch zu einer weiteren Entlastung der Kommunen in der Sozialhilfe von rund 300 Millionen DM beitragen. Die bereits in diesem Jahr in Kraft getretene Verlängerung der Bezugszeiten von Arbeitslosenunterstützung bei älteren Arbeitslosen und die Verlängerung des Kindergeldbezugs von jungen Arbeitslosen entlastet die Sozialhilfe um 150 Millionen DM pro Jahr. Die ab 1986 beabsichtigte Erhöhung des Kindergeldes wird die Sozialhilfebelastungen der Kommunen um weitere 200 Millionen DM verringern. Dies sind wirksame Schritte der Bundesregierung zur Entlastung der Kommunen in der Sozialhilfe.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

ZITATE

Lavieren vor Regieren

Wie groß der Spalt des Hintertürchens ist, durch den SPD und CDU in Wiesbaden doch noch zueinander kommen können, um eine große Koalition zu bilden, weiß man nicht. Das Hauptportal ist jedenfalls geräuschvoll zugeschlagen worden. Die SPD hat einem Bündnis mit der CDU, das dem Land bis 1987 zu einer stabilen Regierungsmehrheit verholfen hätte, eine klare Absage erteilt.

Wieder einmal sind die Sozialdemokraten sich selbst in den Rücken gefallen. Noch vor einer Woche wollten sie, nachdem das rot-grüne Experiment nicht funktioniert hatte, ein stabiles Koalitionsbündnis mit beschränkter Haftung gründen. Alle Schwüre, daß es wechselnde Mehrheiten nicht mehr, dafür fortan klare politische Perspektiven geben müsse, konnten die Sozialdemokraten nicht halten.

Was nützt es, daß Finanzminister Krollmann den Gedanken einer großen Koalition schon sehr weit gedacht hatte und wenn der Vorsitzende des mächtigen

SPD-Bezirks Hessen-Süd, Görlach, den Eindruck erweckte, auch er sei bereit, die Kröte einer großen Koalition zu schlucken, wenn es keine andere Lösung gebe. Diese andere Lösung gibt es nämlich auch jetzt noch nicht. Die Grünen werden sich weiterhin in jedem Einzelfall vorbehalten, zu entscheiden, ob die Landesregierung eine Mehrheit hat oder nicht. Lavieren geht also weiterhin vor Regieren. Instabilität wird weiter die Szene beherrschen. Der Bürger kennt nicht die Politik, die für ihn und in seinem Namen gemacht werden soll.

Die SPD aber ist einer Zerreißprobe ausweichen, indem sie abermals die Symbiose mit den Grünen hinnimmt. Das macht sie politisch geradezu erpreßbar, und das macht sie, was ihre innere Struktur angeht, weiter morsch: Die Symbiose ist ja nicht, wie manchmal in der Natur, ein Zusammenleben zum Nutzen beider Partner, sondern die Grünen ernähren sich nach Art eines Parasiten von der Substanz des anderen. Die Kommunalwahl des 10. März, die als drohendes Datum über der hessischen Politik schwebt, wird zeigen, ob die Sozialdemokraten Boden zurückgewinnen konnten oder ob sie abermals Stimmen verlieren, womöglich vor allem an die Grünen.

Frankfurter Neue Presse, 10. Januar 1985

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postcheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId